

## Was bleibt von Bernie?

„Lehren“ für linke Mobilisierung

**Rainer Hackauf**

Der unerwartete Wahlsieg von Donald Trump im November des letzten Jahres über die demokratische Kandidatin Hillary Clinton, brachte dem parteiinternen Rivalen Bernie Sanders erneut einiges an Aufmerksamkeit. Wäre er bei einem Sieg Clintons wohl schnell in Vergessenheit geraten, richteten sich nun abermals viele Blicke auf den, Clinton schon in den Vorwahlen unterlegenen, Senator aus Vermont. Noch Anfang des Jahres hatten Umfragen Sanders bescheinigt, im direkten Duell gegen den Republikaner Trump bessere Siegeschancen zu haben, als die dem Establishment zugerechnete Präsidentschaftskandidatin der Demokraten.

Ob dieses Ergebnis tatsächlich eingetreten wäre, Sanders als Spitzenkandidat besser abgeschnitten hätte als Clinton, darf bezweifelt werden und bleibt Spekulation. Trotz alledem oder gerade deswegen war die Niederlage Clintons eine doppelte Niederlage für die demokratische Parteiführung, die im Vorwahlkampf der Demokraten auf bemerkenswerte Weise gegen Sanders und für Clinton Partei ergriffen hatte. Sanders selbst gab sich nach dem Wahlsieg Trumps gewohnt kämpferisch: „Ich bin dabei eine Bewegung aufzubauen, die dieses Land transformiert und Menschen um ein Programm zusammenbringt, das der Mittelklasse und arbeitenden Familien dient.“ Doch was blieb vom Phänomen Sanders?

### »Political Revolution« – das Programm von Sanders

Anders als in Europa konnte sich in den USA nie eine relevante Arbeiterpartei entwickeln, um einen starken Sozialstaat aufzubauen. Im 20. Jahrhundert waren jedoch viele Menschen unter dem Dach der Demokratischen Partei damit beschäftigt, zumindest Bruchstücke davon durchzusetzen. Das Phänomen Sanders ist folglich in diesem Kontext zu verstehen, denn er steht in dieser Tradition. Sanders orientiert sich dabei programmatisch am Modell des skandinavischen Wohlfahrtsstaates, dem er in seinem Wahlkampf die zunehmende Ungerechtigkeit in den USA gegenüberstellt. Im Zentrum seiner Argumentation stehen dafür stellvertretend zwei Figuren: der Kampf gegen Kinderarmut und das Fehlen leistbarer Gesundheitsversorgung für viele US-BürgerInnen.

Sanders will dies durch höhere Steuern und den Ausbau öffentlicher Dienstleistungen, also eine klassische Umverteilungspolitik von oben nach unten, erreichen. Mit diesen Forderungen befindet er sich durchaus im Rahmen des linken Flügels der Demokraten. Auch einige andere demokratische SenatorInnen stehen für diese Forderungen. Sein sozialdemokratisch inspiriertes Programm stellte Sanders im Vorwahlkampf jedoch besonders scharf in Kontrast zur wirtschaftsfreundlichen Politik der „Neuen Demokraten“ rund um deren Frontfrau Hillary Clinton. Die „liberale Parteielite“ würde, so Sanders, lieber auf „das große Geld“ schielen, als sich um die Probleme und Sorgen der US-ArbeitnehmerInnen zu kümmern.

Der Druck den Sanders durch seine Zuspitzung im Vorwahlkampf auf Clinton zunehmend aufbauen konnte, zeigte tatsächlich auch Wirkung. Die Debatte unter den Demo-

kraten wurde punktuell deutlich nach links verschoben. War Clinton zu Beginn des Wahlkampfes weit von der Forderung entfernt den Mindestlohn auf \$15 pro Stunde und noch dazu auf Bundesebene anzuheben, sah sie sich schließlich gezwungen diese Forderung in ihr Wahlprogramm zu übernehmen. Andere Forderungen von Sanders, wie der starke Ausbau des öffentlichen Sektors, wurden von ihr freilich weiterhin klar abgelehnt.

Doch wie wurde das möglich? Ein Teil ist natürlich durch die Person Bernie Sanders zu erklären. Sanders ist ein charismatischer Politiker, der es während seiner ganzen politischen Karriere verstand, durch seine pointierte Argumentation durchaus immer wieder Aufmerksamkeit zu erregen. Er ist dabei bedacht ein Bild zu vermitteln, dass es möglich ist, Politik zu machen, ohne sich zu verbiegen und politische Positionen über Bord zu werfen. So gehörte er etwa zu den wenigen Demokraten, die gegen den Irak-Krieg gestimmt haben, was seiner Kritik an der US-Außenpolitik und der Positionen seiner Konkurrentin einiges an Glaubwürdigkeit verlieh.

### **Demokraten in Bewegung**

Die Persönlichkeit des charismatischen Kandidaten kann aber natürlich nur einen Teil seines Erfolges erklären. Der andere Teil erklärt sich durch den Erfolg verschiedener Basisbewegungen in den letzten Jahren. Während die Tea-Party auf Seiten der Republikaner neue Räume zu erschließen vermochte, wurden die Demokraten stark von erfolgreichen Basisbewegungen unter Druck gesetzt.

»Occupy-Wall-Street«, Proteste von LehrerInnen, die Bewegung von Fastfood-Angestellten für höhere Löhne, Initiativen gegen Delogierungen und Verschuldung sowie die Bewegung gegen rassistische Polizeigewalt sorgten in den USA für Aufsehen in den letzten Jahren. Gemeinsam haben die Bewegungen, dass sie grundlegende Ungleichheiten in den USA breit zum Thema machten und so auch der US-Linken neuen Auftrieb verliehen. Durch das Erstarken linker Deutungsangebote wurde die neoliberale Politik der »Neuen Demokraten«, der im wesentlichen auch Barack Obama verpflichtet war, in Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise deutlich geschwächt.

Diese von Bewegungen eröffneten Räume konnte in der Vergangenheit schon Politiker, wie der New Yorker Bürgermeister de Blasio für sich nützen. Im Zuge der Präsidentschaftswahlen versuchte bei den Demokraten jedoch alleine Bernie Sanders diese Stimmen anzusprechen. Sanders konnte Kräfteverhältnisse verschieben, da er es schaffte im Wahlkampf einer breiten Koalition „von unten“ eine Stimme zu verleihen und was noch wichtiger ist, diese auch für seinen Wahlkampf zu mobilisieren. Er fungierte damit als Kristallisationspunkt für diese unterschiedlichen Bewegungen „von unten“.

### **Von »Fight-for-15« zu »Fight-for-Bernie«**

Sanders schaffte es im Vorwahlkampf auf diese Weise etwa mehr WählerInnen aus den unteren Einkommenschichten zu mobilisieren, als jede/r andere KandidatIn der Demokraten in den Jahrzehnten vor ihm. Um das zu erreichen zielte seine Wahlkampagne dabei vor allem darauf ab aktive Gewerkschaftsmitglieder an der Basis als MultiplikatorInnen anzusprechen. US-Gewerkschaften sind in den letzten Jahren zwar stark geschrumpft, haben trotzdem aber immer noch einige Millionen Mitglieder. In den letzten Jahren kam es zudem zu einer Wiederbelebung gewerkschaftlicher Massenmobilisierung. Die Kampagne »Fight-for-15« etwa startete 2012 und ging ursprünglich von Beschäftigten aus der Fast-

food-Industrie aus. Ziel war es, eine Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns von \$7,25 auf \$15 pro Stunde und das »Recht sich zu organisieren« durchzusetzen. Diesen Forderungen schlossen sich bald ArbeitnehmerInnen aus anderen Niedriglohnbereichen, wie etwa Flughafenangestellte, Supermarktangestellte, KindergartenpädagogInnen, Pflegepersonal, UniversitätsassistentInnen und LehrerInnen, an. Während »Organizing«-Methoden von US-Gewerkschaften in der Vergangenheit vor allem dazu eingesetzt wurden, um durch konfrontatives und basisorientiertes Vorgehen Druck auf einzelne ArbeitgeberInnen auszuüben, änderte »Fight-for-15« diese Strategie. Druck wird auf einzelne GesetzgeberInnen (auf Gemeinde-, Landes- und Bundesebene) aufgebaut, um die Anhebung von Mindeststandards zu erreichen. Der Erfolg gibt der Kampagne durchaus Recht. Zahlreiche Bundesstaaten haben zwischenzeitlich angekündigt den Mindestlohn auf \$15 anzuheben.<sup>1</sup>

Nachdem Bernie Sanders die Forderungen nach einem Stundenlohn von \$15 auf Bundesebene von Anfang als zentrale Forderung in seinen Wahlkampf aufgenommen hatte, war es für ihn möglich aktive Gewerkschaftsmitglieder für sich zu gewinnen und als MultiplikatorInnen zu aktivieren. Über die Onlineplattform laborforbernie.org wurden so gezielt Gewerkschaftsmitglieder angesprochen. Während die gewerkschaftliche Basis sich vor allem für Sanders engagierte, gaben gleichzeitig fast alle großen Gewerkschaften und vor allem die beiden mächtigen Gewerkschaftsdachverbände AFL-CIO und SEIU – die maßgeblich hinter »Fight-for-15« stehen – Wahlempfehlungen für Clinton aus<sup>2</sup>, MultiplikatorInnen an der Basis konnte Clinton für ihren Wahlkampf jedoch kaum gewinnen.

### **99% gegen die Superreichen**

Neben Gewerkschaftsmitgliedern schaffte es Sanders vor allem jüngere WählerInnen zu aktivieren. Ein wesentlicher Grund dafür ist, dass viele AktivistInnen aus dem Umfeld der »Occupy-Wall-Street«-Bewegung eine bis dahin betont distanzierte Haltung gegenüber Wahlen aufgaben und den Wahlkampf von Sanders unterstützten. Sanders Attacken auf die Superreichen und »Klasse der Milliardäre« war mit dem zentralen Slogan der 2011 gestarteten Bewegung „We are the 99%“ einerseits kompatibel, zum anderen ging aus der Occupy!-Bewegung in den letzten Jahren eine vor allem an Universitäten stark verankerte Kampagne gegen Studierendenkredite und die steigende Verschuldung von BürgerInnen hervor. Sanders griff in seinem Wahlkampf die zentrale Forderung der Kampagne nach einem freien Hochschulzugang auf und kritisierte zudem die fortschreitende Verschuldung von privaten Haushalten in Folge der Immobilienkrise scharf.

Für viele jüngere AktivistInnen war dies ein wesentlicher Grund sich in der Wahlkampagne von Sanders zu engagieren. Aus dem Umfeld der Occupy!-AktivistInnen stammten in Folge die Plattformen PeopleForBernie.com und Ready4Bernie.com über die gezielt vor allem auch jüngere WählerInnen angesprochen werden sollten.

### **Das absehbare „Aus“ im Vorwahlkampf**

Den Vorwahlkampf verloren hat Sanders vielen BeobachterInnen nach wegen zwei Faktoren. Einerseits konnte er WählerInnen aus sogenannten Minderheiten weniger gut ansprechen als seine Kontrahentin. Die Strategie von Sanders zielte darauf ab, spezifische Forderungen oder „Minderheiten-Themen“ zu meiden, um diese WählerInnensegmente anzusprechen. Stattdessen setzte seine Kampagnenstrategie ganz klar auf „universelle“ Forderungen, wie den Ausbau des Gesundheitssystems oder \$15 Mindestlohn pro Stunde

„für alle“. Sanders argumentierte damit, dass von diesen Maßnahmen vor allem ärmere Haushalte, darunter überproportional viele afroamerikanische oder Latino-Haushalte profitieren würden. Diese Strategie brachte ihm durchaus auch Kritik ein. So etwa von AktivistInnen aus dem Umfeld der »Black Lives Matter« Bewegung. Die AktivistInnen warfen Sanders vor, Forderungen von Minderheiten bewusst aus dem Weg zu gehen, um in erster Linie weiße WählerInnen aus der Arbeiterschaft nicht zu verschrecken und so anzusprechen.<sup>3</sup>

Zum anderen wurde im Zuge der Vorwahlen ein tief verankertes Ungleichgewicht im demokratischen Parteiapparat offensichtlich. Die maßgeblichen RepräsentantInnen der Partei positionierten sich dabei in einem bis dato aus Vorwahlkämpfen nicht gekannten Ausmaß gegen Sanders und für Clinton. Schon ein Jahr vor der Entscheidung am Parteitag hatte Sanders die „unsichtbaren Vorwahlen“ im Parteiapparat verloren. Zu dem Zeitpunkt hatten sich schon mehr als die Hälfte der demokratischen SenatorInnen für Clinton ausgesprochen, ein halbes Jahr vor dem Parteitag waren es rund 40 der 46 SenatorInnen. Bei anderen VertreterInnen der Partei sahen die Zahlen ähnlich aus. Der Parteivorstand der Demokraten bekämpfte Sanders im Vorwahlkampf mehr oder weniger offen als Gefahr für die Partei. Selbst der linke Parteiflügel stellte sich kaum hinter Sanders.

### Was bleibt von den „Sanderistas“?

Hatte der unerwartete Erfolg im Vorwahlkampf zugleich auch die Hoffnung derjenigen geweckt, die eine klassenorientiertere Politik in der Demokratischen Partei verfolgen, wurden diese alsbald auch wieder enttäuscht. Sichtbar wurde für viele, dass linke politische Ansätze in der Partei nur in dem Maß geduldet sind, wie SenatorInnen und GouverneurInnen gewillt sind, diese zu akzeptieren. Der Vorwahlkampf hat gezeigt, dass ein sozialdemokratisches Programm der überwiegenden Mehrheit der demokratischen RepräsentantInnen schlicht zu weit geht. Dies wurde nun erneut im Februar 2017 im Zuge der Wahl des Parteivorsitzes der Demokraten sichtbar. Der als »Realo« geltende Thomas Perez setzte sich hier gegen den von Bernie Sanders favorisierten Keith Ellison durch.

Neben einer realistischeren Einschätzung von Kräfteverhältnissen in der Partei ist natürlich aber noch anderes geblieben. Sanders hat im Vorwahlkampf gezeigt, dass der scharfe Angriff auf »Eliten« kombiniert mit einer sozialdemokratischen Agenda Millionen WählerInnen, auch über die DemokratInnen hinaus, ansprechen kann – nicht nur WählerInnen aus der Linken. Sanders hat darüber hinaus bewiesen, dass es auch als erklärter Sozialist möglich ist, in den USA Politik zu machen, ohne sich zu verbiegen und politische Positionen über Bord zu werfen. Beides ist doch einigermaßen erstaunlich. Ob sich dies im aktuellen Richtungsstreit der Demokraten auswirkt, bleibt offen.

Am 8. November fanden in den USA neben den Wahlen um die Präsidentschaft noch weitere Abstimmungen statt. »Our Revolution«<sup>4</sup>, die Spin-Off Kampagne von Bernie Sanders, gab im Vorfeld für einige KandidatInnen Wahlempfehlungen aus. Deutlich mehr als die Hälfte dieser KandidatInnen, immerhin 58 an der Zahl, schafften so den Einzug auf Gemeindeebene, als Abgeordnete oder SenatorInnen. Am Tag nach der Wahl kündigte »Our Revolution« an, weiterhin an einer »politischen Revolution« arbeiten zu wollen. Neben politischen RepräsentantInnen wurden auf lokaler Ebene auch in einigen US-Bundesstaaten über eine Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns abgestimmt. In den Bundesstaaten Arizona, Colorado, Maine und Washington wurden die Initiativen angenommen, was für Millionen von ArbeitnehmerInnen eine Erhöhung des Einkommens bedeutet.<sup>5</sup>

## Die Linke in den USA und was von Bernie Sanders blieb

Sanders wurde im Wahlkampf auch von einem Spektrum weit links der Demokraten unterstützt. Hier wurde in erster Linie die Hoffnung in Sanders gesetzt, im Vorwahlkampf die Kräfteverhältnisse nach Links zu rücken. Enttäuschte WählerInnen sollten nach der Wahl Hillary Clintons zur Präsidentin für existierende Bewegungen geworben werden. Der Vorwahlkampf sollte also dazu genutzt werden, um in Milieus vorzustoßen, die ohne Sanders für die US-Linke sonst nicht erreichbar sind. Die Erfahrungen aus dem Wahlkampf sollten auch genutzt werden, linke Organisationsangebote zu überdenken und Räume auch für Forderungen jenseits des Ausbaus des Wohlfahrtsstaates eröffnen. Realistische Aussichten darauf, die Demokraten nachhaltig nach Links zu rücken, wurden in den Debatten hingegen wenige Chancen auf Erfolg eingeräumt. Diese Perspektiven dürften sich zumindest teilweise erfüllt haben, nimmt man etwa die (nach eigener Auskunft) stark steigende Auflagenzahl des sozialistischen »Jacobin«-Magazins als Indikator.

Der Wahlsieg von Donald Trump hat viele Linke außerhalb des Parteispektrums überrascht. Offen bleibt, ob es gelingen wird, verstärkende Kristallisationspunkte für die in den letzten Jahren entstandenen Bewegungen zu schaffen. Die Mobilisierungen rund um die Angelobung Donald Trumps am 20. Jänner des Jahres waren ein erster Versuch in die Richtung. Unter dem, am marxistischen Stadtforscher David Harvey angelehnten, Etikett »Rebellische Städte« schlagen AktivistInnen vor, existierende Bewegungen stärker zu verschränken und so ein Netzwerk von unten aufzubauen, um gegen Trump in den nächsten Jahren Widerstand zu leisten. Strategische Allianzen mit dem linken Flügel der Demokraten rund um Bernie Sanders sollen dazu genutzt werden, um bei kommenden Wahlen AktivistInnen aus sozialen Bewegungen zu Erfolgen zu verhelfen – Madrid unter der Bürgermeisterin Ada Colau wird dafür mitunter als Beispiel herangezogen.

## Was können wir in Europa lernen?

Interessant ist der Wahlkampf auch für die Linke in Österreich insbesondere weil Sanders versucht hat, die nicht nur in den USA existierenden Klassenspaltungen an Hand von Hautfarbe und Herkunft mittels allgemeiner Forderungen zu überwinden. Eine ähnliche Strategie verfolgte etwa zuletzt die KPÖ in ihrem Wahlkampf in Graz mit dem Slogan »Graz gehört uns allen«. In wie weit diese Strategie in den europäischen Kontext übertragen werden kann, um etwa auch MigrantInnen – so diese überhaupt wählen dürfen – offensiver anzusprechen, bleibt aber offen.

Auch auf organisatorischer Ebene ist es sicher von Wert, einen genauen Blick auf den Wahlkampf zu werfen. In ihrem Buch »Rules for Revolutionaries. How Big Organizing Can Charge Everything«<sup>6</sup> geben Becky Bond und Zack Exley erste Einblicke hinter die Kulissen der Sanders-Kampagne, die es mit relativ wenigen Ressourcen und dadurch bezahlten Angestellten schaffte, sehr viele Leute aktiv in den Wahlkampf einzubeziehen. Statt vor allem auf Soziale Medien wie Facebook setzte man dort auf konsequent auf »Organizing« Methoden und auf altmodische Technologie wie das Telefon. In den USA ist »Organizing« unter Gewerkschaften weit verbreitet, um Mitglieder zu gewinnen und vor allem auch zu aktivieren. Die konsequente Identifizierung von ehrenamtlichen MultiplikatorInnen und Schlüsselpersonen ermöglichte es, zigtausende Freiwillige recht flächendeckend und auf sehr niederschwellige Art in die Wahlkampagne zu involvieren. Davon kann sich die

Linke auch im österreichischen Kontext und nicht nur in Hinblick auf Wahlkampagnen inspirieren lassen. Durchaus nicht nur im Zuge von Wahlkampagnen.

### **Anmerkungen**

- 1 Rainer Hackauf: Wie Aktivist\_innen erfolgreich für 15 Dollar Mindestlohn kämpfen, <http://mosaik-blog.at/fight-for-15-kampagne-us/> (z.a. 23.1.2017).
- 2 David Moberg: Bernie Sanders and Unions' Relationship Status: It's Complicated, <http://inthesetimes.com/working/entry/18786/unions-bernie-sanders-hillary-clinton-labor1> (z.a. 9.1.2016).
- 3 German Lopez: The Bernie Sanders and reparations controversy, <http://www.vox.com/2016/1/22/10811800/bernie-sanders-reparations-2016> (z.a. 23.1.2017).
- 4 ourrevolution.com (z.a. 23.1.2017).
- 5 Bryce Covert: Millions of workers won higher pay and paid time off last night, <https://thinkprogress.org/minimum-wage-paid-sick-leave-win-a3981ee9eac4#.firflm51> (z.a. 23.1.2017).
- 6 Becky Bond und Zack Exley (2016): "Rules for Revolutionaries. How Big Organizing Can Change Everything", Chelsea Green Publishing.